

Protokoll Nr. 4 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 21.09.2022
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:35 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Kruse, Doris

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Rosema, Swantje

CDU-Fraktion

Ohling, Albert

Gruppe GRÜNE feat. Urmel

Ouedraogo, Abdou

FDP-Fraktion

Meyer, Henning

GfE-Fraktion Grundmandat

Müller, Horst

Gruppe DIE FRAKTION Grundmandat

Mennenga, Lars

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Gembler, Hella
Kamer, Stefan

Beratende Mitglieder

Tüfekci, Dursun
Wilts, Elfriede
Philipps, Gaby

Verwaltungsvorstand

Jahnke, Horst

Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Christians, Jörg
Frein, Markus
Janßen, Ralf
Behrens, Susanne
Bonn-Sommer, Renate
Wollweber, Wiebke
Zimmermann, Daniel
Zimmermann, Kerstin

Protokoll Nr. 4 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Protokollführung

Bleeker, Sonja

Gast

Kröger-Vodde, Malte

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Kruse begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Kruse teilt mit, die Tagesordnung werde aufgrund der Verpflichtung der sonstigen stimmberechtigten Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG erweitert.

Darüber hinaus schlägt sie vor, die Tagesordnungspunkte 10 bis 12 und 14 (Anträge von Fraktionen und Gruppen) unter Tagesordnungspunkt 9 „Sachstandsbericht zum Anmeldeverfahren für das Kita-Jahr 2022/2023 sowie zum aktuellen Stand der Ausbauplanung“ zusammenfassend zu beantworten.

Die Ausschussmitglieder stimmen dieser Vorgehensweise zu.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2.1 Verpflichtung beratender Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG

Frau Kruse nimmt die Verpflichtung des sonstigen stimmberechtigten und beratenden Mitgliedes Dursun Tüfekci gemäß § 54 (3) NKomVG vor.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.03.2022

Beschluss: Das Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 16.03.2022 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 4 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Änderung der Richtlinien über die Gewährung von einmaligen Beihilfen und Zuschüssen im Rahmen des § 39 III SGB VIII
Vorlage: 18/0374

Herr Janssen erläutert, es sei besonderer Handlungsbedarf gesehen worden, weil die letzte monatliche Anpassung der o. g. Richtlinie zum 01.01.2004 erfolgt sei. Aus diesem Grund sei die Richtlinie in Zusammenarbeit mit dem Sozialen Dienst und der wirtschaftlichen Jugendhilfe überarbeitet worden. Neben den wirtschaftlichen Aspekten seien auch sozialpädagogische Beurteilungen miteingeflossen.

Er weist auf eine redaktionelle Änderung hin. Auf Seite 1 der Anlage 1 (Richtlinien der Stadt Emden über die Gewährung von einmaligen Beihilfen und Zuschüssen nach dem SGB VIII) sei unter Ziffer 2 eine alte Rechtsgrundlage aufgeführt worden. Anstelle von § 54 Abs. 2 SGB XII müsse es heißen § 113 Abs. 2 Nr. 4 SGB IX.

Frau Behrens stellt anhand der Anlage 2 zur Vorlage die wesentlichen Änderungen der Beihilfen und Zuschüsse vor. Sie erklärt, dass die Änderungen insgesamt auch unter Berücksichtigung der Beihilferichtlinien der umliegenden Landkreise erstellt worden sei.

Sie weist darauf hin, bislang habe es in den Beihilferichtlinien eine Öffnungsklausel gegeben. Diese sei herausgenommen worden. Die überarbeitete Richtlinie sei jetzt vervollständigt und dadurch planbarer geworden. Es könne davon ausgegangen werden, dass keine zusätzlichen Kosten hinzukämen.

Frau Kruse bedankt sich für die Erläuterungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Ohling begrüßt den Zuschuss für die Einschulung und Schulmaterial von insgesamt 250 € sowie den Zuschuss für den Führerschein. Seiner Kenntnis nach sei die Bezahlung eines Führerscheins bei vielen Pflegefamilien ein Thema gewesen. Er erkundigt sich nach der 75%igen Kostenbeteiligung der Pflegekinder für ihre Unterbringung, wenn sie sich in Ausbildung etc. befinden würden.

Herr Janssen antwortet, die Regelung habe sich geändert. Es seien nicht mehr 75 %, sondern nach Abzug einer Pauschale betrage die Kostenbeteiligung 25 %. Es bestehe die Möglichkeit, den Härtefallbedarf zu prüfen. Sollte eine besondere Härte gegeben sein, könne ganz davon abgewichen werden, sodass die Kostenbeteiligung bei null liege.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Änderungen der Richtlinien über die Gewährung von einmaligen Beihilfen und Zuschüssen im Rahmen des § 39 III SGB VIII gemäß Anlage 1 der Vorlage 18/0374.

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 4 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 6 Antrag auf Ausweitung des Betreuungsangebotes um eine weitere ½ Std. Sonderöffnungszeit, Kindertagesstätte Sonnenstrahl
Vorlage: 18/0478

Frau Bonn-Sommer erläutert die o. g. Vorlage.

Frau Kruse bedankt sich für die Erläuterung und bittet um Wortmeldungen.

Herr Ohling signalisiert Zustimmung seitens der CDU-Fraktion. Er macht in diesem Zusammenhang auf den Fachkräftemangel aufmerksam. Seiner Ansicht nach dürften die Träger mit dieser Situation nicht alleine gelassen werden.

Beschluss: Der Antrag auf Ausweitung der Sonderöffnungszeit in der Kindertagesstätte Sonnenstrahl, Kaierweg 40 b, 26725 Emden, Träger der Einrichtung: AWO Kreisverband Emden e.V., wird bewilligt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Resolution zur Gewährleistung der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter
Vorlage: 18/0469

Herr Christians teilt einleitend mit, in der letzten Sitzung des Schulausschusses am 14.09.2022 sei die Resolution zur Gewährleistung der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter thematisiert und einstimmig beschlossen worden. Die Verwaltung stehe mit dem Niedersächsischen Städtetag in Kontakt und empfehle eine Teilnahme an dieser Initiative. Die Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkin- der werde ab dem Schuljahr 2026/2027 stufenweise erfolgen. Die Gestaltung und insbesondere die Finanzierung dieses Rechtsanspruchs sei vom Land zunächst nicht vorgegeben worden. Aus Sicht der Stadt stehe das Land hier in der Pflicht. Es hätten sich Fragestellungen ergeben, die in der Resolution (Anlage zur Vorlage) enthalten seien. Diese Resolution könnte vom Rat der Stadt Emden in der Sitzung am 29.09.2022 verabschiedet werden. Er wünsche sich auch von diesem Gremium einen positiven Beschluss.

Frau Kruse bedankt sich für die Erläuterungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Ohling fragt, ob ein Austausch mit den Schulen, bei denen die Ganztagsbetreuung noch nicht eingeführt worden sei, stattgefunden habe. Er regt mit Blick auf die Finanzierung eine zentrale Hortbetreuung in Emden an. Er sehe darin eine Möglichkeit, Gelder zu sparen.

Herr Christians stellt heraus, die Vorstellungen des Landes seien nicht klar. Fraglich sei, ob das Land Schulen oder Horte ausbauen wolle. Aus diesem Grund werde dieser Tagesordnungspunkt sowohl im Schulausschuss wie auch im Jugendhilfeausschuss behandelt. Die Stadt sei diesbezüglich im ständigen Austausch mit den Schulen, insbesondere mit den Schulen, die bislang noch keine Ganztagsbetreuung eingerichtet hätten. Hier seien ergänzende Betreuungsangebote beschlossen worden, die im kleineren Rahmen die Bedarfe der Eltern abdecken würden.

Herr Ouedraogo signalisiert die Unterstützung seiner Fraktion. Die Einführung der Ganztagsbetreuung sei richtig und eröffne weitere Möglichkeiten für die Entwicklung der Kinder. Er hofft, dass das Land die politische Verantwortung für das Umsetzen des Rechtsanspruchs übernehme.

Protokoll Nr. 4 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Christians stellt klar, grundsätzlich werde die Stadt den beschlossenen Rechtsanspruch umsetzen. Die Frage sei, ob das Land zur Erfüllung des Rechtsanspruchs die entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung stellen werde. Die Festlegung der Rahmenbedingungen würden für diesen Weg derzeit fehlen. Es werde gehofft, dass viele Kommunen an der Initiative des Niedersächsischen Städtetages teilnehmen werden. Wichtig sei, dass die Informationen für die Vorbereitung zeitnah erfolgen, damit mit den Planungen vor Ort begonnen werden könne.

Herr Götze geht mit Blick auf die Arbeitswelt und die Stärkung der Familien davon aus, dass das Land die Umsetzung des Rechtsanspruchs finanziell unterstützen werde. Die Kostenverteilung sei abzuwarten.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die beigefügte Resolution zur Gewährleistung der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 8 Bericht aus dem Sachgebiet Vormundschaften/Pflegschaften und Ausblick auf die Änderungen durch das Gesetz zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts zum 01.01.2023
Vorlage: 18/0373

Frau und Herr Zimmermann berichten anhand einer Power-Point-Präsentation aus dem Sachgebiet Amtsvormundschaften/Amtspflegschaften und geben zum Abschluss der Präsentation einen Ausblick. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Kruse bedankt sich für die Präsentation und bittet um Wortmeldungen.

Herr Meyer bedankt sich für den Einblick und stellt fest, dass die Arbeitszeit für den Arbeitsaufwand nicht ausreiche. Gespannt sei er auf die angekündigten Änderungen und den nächsten Sachstandsbericht. Er hofft auf Verbesserung.

Herr Ohling bedankt sich ebenfalls. Seiner Berechnung nach beträgt die Arbeitszeit für einen Mündelbesuch 3 Stunden. Auch er halte 50 Fälle für einen einzigen Amtsvormund mit einer Wochenarbeitszeit von 39 Stunden für zu viel. Er sei ebenfalls gespannt auf die Änderungen und den nächsten Sachstandsbericht.

Darüber hinaus regt er an, im Falle einer Inobhutnahme das Sorgerecht einem Amtsvormund zu übergeben, um es für das Jugendamt sowie für die Pflegeeltern in den Anfängen einfacher zu machen. Dies sei jedoch eine Entscheidung, welche die Kommune nicht treffen könne, da sie im Grundgesetz stehe. **Herr Zimmermann** kündigt in diesem Zusammenhang Neuigkeiten im Rahmen der nächsten Gesetzesänderung an. Diese würden im nächsten Sachstandsbericht erläutert.

Frau Gemblert lobt die Arbeit der Eheleute Zimmermann. Sie wendet sich gegen die Meinung von Herrn Ohling und befürwortet die gesetzliche Regelung. Sicherlich müssten Rahmenbedingungen verbessert werden, damit die Arbeit im Bereich der Amtsvormundschaften/Amtspflegschaften erleichtert werde, jedoch sei das Gesetz berechtigt.

Protokoll Nr. 4 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Ouedraogo erkundigt sich nach der Regelung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. **Herr Zimmermann** erläutert, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge würden tendenziell zu Verwandten, die bereits in Emden leben würden, ziehen. Oftmals seien diese Verwandten selber erst seit kurzer Zeit in Deutschland. Vor diesem Hintergrund seien sie den rechtlichen Angelegenheiten nicht immer gewachsen. Natürlich dürften Kinder und Jugendliche in dem Umfeld leben, in dem sie gut aufgehoben seien. Alle anderen Angelegenheiten jedoch, die sonst von Jugendhilfeeinrichtungen übernommen würden, übernehme der Vormund im kompletten Umfang. Das Familiengericht prüfe vorrangig die Bestellung eines Vormundes. Die Vormundschaft könne an Personen übertragen werden. Diese Personen hätten per Gesetz einen Anspruch auf Beratung und Unterstützung.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Sachstandsberichte zum Anmeldeverfahren für das Kita-Jahr 2022/2023 sowie zum aktuellen Stand der Ausbauplanung
Vorlage: 18/0386

Herr Christians führt einleitend aus, der Jugendhilfeausschuss konnte krankheitsbedingt im Juni nicht stattfinden. Zu diesem Zeitpunkt sei ein Sachstandsbericht zum Anmeldeverfahren für das Kita-Jahr 2022/2023 geplant gewesen. Die Daten seien dennoch veröffentlicht worden. Die Präsentation, welche Frau Bonn-Sommer im Juni vorstellen wollte, sei mit den Erkenntnissen der letzten Monate aktualisiert worden. Er kündigt einen weiteren Sachstandsbericht in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses im November an. Hier würden die Platzbelegung sowie ein Ausblick in Zusammenarbeit mit der Sozialplanung vorgestellt.

Zum Ablauf des onlinebasierten Kita-Anmeldeverfahrens gibt er an, dass der Unterstützungsbedarf seitens der Verwaltung kontinuierlich gesunken sei. Auch innerhalb der Einrichtungen sei erkennbar, dass die Bearbeitung leichter falle.

Frau Kruse trägt vor, nach der Vorstellung von Frau Bonn-Sommer werde Herr Christians auf die Anträge der Fraktionen und Gruppen eingehen. Dies seien die Tagesordnungspunkte 10 bis 12 und Tagesordnungspunkt 14.

Frau Bonn-Sommer erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die Ergebnisse des Anmeldeverfahrens zum Kita-Jahr 2022/2023. **Herr Christians** informiert über die Ausbauplanung 2022/2023. Die Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Im Anschluss an die Präsentation geht **Herr Christians** auf die Anträge der Fraktionen und Gruppen ein.

Er führt aus, in Emden seien noch nicht genügend Betreuungsplätze in den Krippen und Kitas vorhanden. Vor diesem Hintergrund gebe es einen absoluten Ausbaubedarf. Die Ausbauplanung sei dem Jugendhilfeausschuss bereits vorgestellt worden. Emders Kinder mit Betreuungsplätzen zu versorgen, habe Priorität. Die Anträge der Fraktionen seien verständlich. Auch der Verwaltung seien Qualitätsstandards wichtig. Dieses Thema werde bearbeitet, jedoch könne dies nicht parallel geschehen. Im Vordergrund stehe die Schaffung weiterer Betreuungsplätze. Dafür seien Förderungen vorgesehen. Für das Ersetzen der Einrichtungen ohne das Schaffen weiterer Betreuungsplätze gebe es vom Land keine Förderung.

Protokoll Nr. 4 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Auf die Tagesordnungspunkte 10 und 14 geht Herr Christians wie folgt ein:

„Kindergartenneubau in Petkum“ - Antrag der SPD-Fraktion vom 05.04.2022

Die Verwaltung habe diese Kita im Blick. Sofern das Ausbauprogramm auf dem Weg sei, werde die Verwaltung das Thema mittelfristig ausarbeiten und priorisieren. Der Fokus der Verwaltung liege derzeit auf den vorgestellten Maßnahmen im Rahmen der Ausbauplanung. Er erinnert an die Johanniter-Kita „Grüner Baum“. Hier sei die Verwaltung zum Handeln gezwungen gewesen, weil die Kita stark renovierungsbedürftig gewesen und nach neuesten baurechtlichen Bestimmungen zudem für den Betrieb nicht mehr dauerhaft geeignet gewesen sei. Gleiches gelte für die Kita am Wasserturm, die mittlerweile im Falkenhorst untergebracht sei.

„Fehlende Kita-Gruppen - Antrag der FPD-Fraktion vom 28.06.2022

Die Fa. Stahlbau Sanders GmbH habe seinerzeit geplant, auf dem Sportgelände des BSV Kickers eine Kita zu errichten. Mit dieser Idee sei damals Fachbereichsleiter Thomas Sprengelmeyer am Rande eines anderen Termins konfrontiert worden. Zu dem Zeitpunkt habe die Stadt Emden jedoch eine mit dem Rat abgestimmte und in die Wege geleitete Ausbauplanung beschlossen. Für die Errichtung einer Kita auf dem Gelände des BSV habe die Stadt damals keinen Bedarf gesehen. Dies hätte sich auch zum jetzigen Zeitpunkt nicht geändert. Mittelfristig müsse man sicherlich auf Gebiete schauen wie z. B. das Neubaugebiet Conrebbersweg. Dort seien entsprechende Bauflächen vorgesehen. Das seinerzeit verfasste Schreiben von Herrn Sprengelmeyer habe auch zum jetzigen Zeitpunkt Bestand.

Herr Meyer berichtet, seine Fraktion habe gemeinsam mit der SPD-Fraktion die Kita in Petkum besichtigt. Diese entspreche in keiner Weise den heutigen Ansprüchen. Er sehe dort Bedarfe. Er plädiere für eine parallele Bearbeitung. Seine Fraktion favorisiere den Platz in Petkum in der Blumenstraße.

Zum Antrag seiner Fraktion zum Thema „Fehlende Kita-Gruppen“ seien seiner Ansicht nach Bedarfe im Stadtzentrum vorhanden. Er könne nicht nachvollziehen, warum man seinerzeit nicht im Gespräch geblieben sei.

Darüber hinaus schildert er die Situation einer Mutter und erkundigt sich nach einer Härtefall-Regelung für Eltern, die aufgrund ihrer Situation arbeiten gehen müssten.

Frau Bonn-Sommer antwortet, es würde keine Härtefallregelung geben. Sie schlägt vor, die betroffene Mutter könne gerne Kontakt zu ihr aufnehmen, um gemeinsam nach einer Lösung zu schauen. Im Rahmen der Präsentation habe sie aufgezeigt, dass in der Kita „Up Padd“ im Januar eine weitere Gruppe eröffnet werde. Hier könne sich die betroffene Mutter Ende Oktober anmelden. Im November würde die Kita-Leitung über die Aufnahme entscheiden.

Zu den weiteren Maßnahmen führt **Frau Bonn-Sommer** aus, derzeit werde versucht, Kinder außerhalb der geplanten Neubauten in die Betreuung zu geben. Ein ergänzendes Betreuungsangebot sei zum 01.08.2022 gestartet. Es handele sich um eine altersübergreifende Kita-Gruppe mit 20 Betreuungsplätzen. Diese Gruppe werde bis zum 31.07.2023 in den Räumlichkeiten des Gemeindehauses der Kita „Rote Mühle“ eingerichtet und sei vom Landesjugendamt genehmigt worden. Inzwischen würden dort 14 Kinder aus der Ukraine betreut. Eine Integration mit Kindern, die einen deutschen Hintergrund hätten, würde nicht gegeben sein, da diese Kinder „abhanden“ gekommen seien. Vor dem Hintergrund, dass die Erzieher*innen in dieser Situation aufgrund von Sprachschwierigkeiten, Traumatisierung, Informationsbedarf der Eltern etc. ein umfangreiches Betreuungsangebot leisten müssten, werde davon abgesehen, die Gruppe aufzustocken.

Protokoll Nr. 4 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Eine weitere Betreuungsgruppe mit 20 Plätzen sei im Gemeindehaus „St. Walburga“ im Stadtteil Barenburg geplant. Die Verwaltung hoffe hier auf eine Integration. Das Bewerbungsverfahren sei ausgeschrieben. Das Gemeindehaus befinde sich neben der Kita Barenburg. Die Stadt Emden übernehme die Trägerschaft, da das Gemeindehaus als Außenstelle der vorhandenen Kita bewertet werde. Die Genehmigung nach NKiTaG solle erfolgen. Dafür werde alles Notwendige vorbereitet. Derzeit liege eine Ausnahmegenehmigung des Landes Niedersachsen bis zum 31.12.2022 vor.

Darüber hinaus seien Integrationskurse in Zusammenarbeit mit der VHS angestoßen worden. Bereits vor den Sommerferien sei man im Hinblick auf das Bundesprogramm im Gespräch gewesen. Dieses sei von den Bildungsträgern als zu bürokratisch angesehen worden. Damals sei es schwierig gewesen, das Ganze auf den Weg zu bringen. Mittlerweile würden die VHS und das Schulungszentrum über eine neue Richtlinie versuchen, die Sprachförderung für die Familien aus der Ukraine auf den Weg zu bringen. Diese Richtlinie sei jetzt nicht nur unbürokratischer in der Bearbeitung, sondern auch finanziell ansprechender.

Sie informiert, aufgrund der Corona-Pandemie sei die Qualifizierung der Tagesmütter immer wieder verschoben worden. Aktuell sei ein Informationstreffen im November geplant und ein Start solle Anfang 2023 erfolgen. Derzeit würde es 7 Tagesmütter und 27 Tagespflegeplätze geben.

Ein weiteres Projekt sei „Spielend lernen - Integration-Plus“. Es sei bereits im Jahr 2018 „ins Leben gerufen“ worden. Es handle sich hierbei um ein Integrationskonzept für zugewanderte Familien mit dem Ziel Vorschulbildung. In den letzten Jahren seien gute Erfahrungen mit dem Projekt gemacht worden. Aktuell gebe es eine Gruppe im Stadtteil Borssum und eine im Stadtteil Barenburg.

Herr Tüfekci bezieht sich auf die Aussage von Frau Bonn-Sommer, dass Menschen mit Migrationshintergrund oftmals nicht wissen würden, dass sie über ein gewisses Betreuungsangebot verfügen dürften. Er erkundigt sich, wie diese Menschen informiert würden.

Frau Bonn-Sommer weist auf die Gemeinwesenarbeit in einigen Stadtteilen sowie die Flüchtlingssozialarbeit hin. Zudem sei ein Welcome Center eingerichtet worden. Insbesondere Familien aus der Ukraine hätten dort Hilfs- und Beratungsangebote wahrgenommen. Dort sei eine gesonderte Kinderbetreuung eingerichtet gewesen und es hätte eine Schulberatung stattgefunden. **Frau Kruse** ergänzt, das Welcome Center werde in Kürze als „Hilfs- und Beratungszentrum für Flüchtlinge“ im Ankunftszentrum Nordseehalle zu finden sein.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN & GRUPPEN

TOP 10 Kindergartenneubau in Petkum;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 05.04.2022
Vorlage: 18/0384

Der o. g. TOP wurde unter TOP 9 behandelt.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 4 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 11 Neubau eines Kindergartens in Petkum / Sportzentrum;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 07.04.2022
Vorlage: 18/0383

Der o. g. TOP wurde unter TOP 9 behandelt.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 12 Berichterstattung zur Anzahl der Kita-Plätze;
- Antrag der Gruppe GRÜNE feat. Urmel vom 31.05.2022
Vorlage: 18/0382

Der o. g. TOP wurde unter TOP 9 behandelt.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 13 Rechnungslegung für Kindergartenbeiträge;
- Antrag der Gruppe GRÜNE feat. Urmel vom 31.05.2022
Vorlage: 18/0385

Herr Quedraogo erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Herr Christians macht darauf aufmerksam, die Verwaltung könne in einem öffentlichen Ausschuss nicht bis ins Detail Stellung dazu nehmen. Fakt sei, dass dieser Bereich über lange Zeit personelle Vakanzen zu verzeichnen gehabt habe. Zeitweise sei der Bereich gar nicht besetzt gewesen, sodass zu dem Zeitpunkt eine zeitnahe Abrechnung nicht möglich gewesen sei. Dies sei selbstverständlich nicht der Anspruch der Verwaltung. Deshalb sei an einer regelmäßigen und zeitnahen Entgeltabrechnung kontinuierlich gearbeitet worden. Mittlerweile gebe es eine komplette Neubesetzung des Teams. Aufgrund dieser organisatorischen Maßnahmen sei die Aufarbeitung nunmehr erfolgt. Die Durchführung der Abrechnungen sei jetzt auf mehrere Mitarbeiter*innen verteilt, damit in Vertretungssituationen effektiver gehandelt werden könne. Die Entgeltabrechnungen würden ab Juli 2022 monatlich erfolgen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 14 Fehlende Kita-Gruppen;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 28.06.2022
Vorlage: 18/0479

Der o. g. TOP wurde unter TOP 9 behandelt.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 15 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Protokoll Nr. 4 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 16 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.